



Interpellation 122

Eingang Stadtkanzlei: 16. August 2017

Auswirkungen der Fusion von Stadt- und Kantonspolizei

Im Jahr 2010 übernahm die Kantonspolizei die polizeilichen Kernaufgaben der Stadtpolizei und das polizeiliche Löschpikett. Der Synergiegewinn durch die Zusammenlegung im Umfang von 20,7 Stellen sollte vollumfänglich der Frontarbeit zu Gute kommen. Um die Zusammenarbeit zwischen Stadt und Kantonspolizei sicherzustellen, erhielten die Vertretenden des Stadtrates über den Sicherheitsausschuss bei der strategischen Polizeiarbeit ein Mitspracherecht.

Die schwierige Finanzsituation des Kantons führte in der Vergangenheit dazu, dass dringend notwendige Stellen nicht geschaffen werden konnten und im Rahmen der neuesten Abbaumassnahmen gar die Patrouillendichte, die präventive Präsenz sowie Öffnungszeiten und Supportleistungen reduziert werden. Bereits 2016 hat die Stadt das früher bei der Stadtpolizei angesiedelte Löschpikett mit dem Aufbau eines professionellen Feuerwehrelementes wieder vom Kanton übernommen.

Für die SP/JUSO-Fraktion ergibt sich daraus folgende Fragestellung:

1. Wie beurteilt der Stadtrat die Erreichung der im Fusionsprozess gesetzten Ziele insgesamt? Hat die Sicherheitslage in der Stadt Luzern im erwarteten Ausmasse profitiert?
2. Kann der Stadtrat über sein Mitspracherecht in genügendem Masse Einfluss auf die Polizeipräsenz in der Stadt Luzern nehmen?
3. Wie beurteilt der Stadtrat die Auswirkungen der kantonalen Finanzsituation auf die Polizei? Welche Folgen hat diese für die Sicherheit in Luzern?
4. Wie beurteilt der Stadtrat die Tatsache, dass die Reduktion der Patrouillentätigkeit im Herbst/Winter 2017 mit jenem Zeitraum zusammenfällt, in welchem die meisten Einbrüche verübt werden?
5. Besteht die Möglichkeit, dass die Stadt Luzern wieder ein eigenes Polizeikorps aufbaut?

6. Welche anderen Möglichkeiten sieht der Stadtrat, um die Sicherheit in der Stadt Luzern zu gewährleisten?

Simon Roth
namens der SP/JUSO-Fraktion